



Warum Führungskräfte von Industrie und Gewerkschaften versagen

Betrug

NAEB-Mitglied werden und NAEB-Rundbrief per E-Mail empfangen [2]
NAEB 2414 am 8. Juli 2024

Konzernvorstände, Vertreter von Industrieverbänden und Gewerkschaftsführer zerstören ihre eigene Existenz. Sie unterstützen die unsinnige Energiewende zur Weltklimarettung und treiben so ihre Mitarbeiter und ihre Mitglieder in die Arbeitslosigkeit.

Es ist unverständlich und unglaublich, dass Führungskräfte der Industrie die Energiewende hinnehmen, die mit immer höheren Energiekosten die Betriebe in die Pleite oder ins Ausland treibt. Viele Industriemanager, Vertreter der Industrieverbände und Leiter von wissenschaftlichen Instituten unterstützen sogar die ideologische Energiepolitik der Ampelregierung. Diese Haltung erfolgt wider besseres Wissen. Ihnen sollte klar sein, dass kein Industrieland mit teurem Zufallsstrom aus Wind und Sonne (Fakepower) versorgt werden kann. Die Akteure von Industrie und Wissenschaft haben Zugang zu allen Daten und können sie aufgrund ihrer Fachausbildung auch richtig bewerten. Ganz anders die Bundesministerien: Hier wurden von der Ampelregierung nach Angaben von Dr. Manfred Haferburg (Achse des Guten) 40.000 Fachleute gegen 50.000 grüne Ideologen ausgetauscht.

Profiteure zerstören ihre eigene Existenz

Das Stützen der Energiewende durch Industrie und Wissenschaft dürfte der kurzfristige Vorteil sein. Viele Industriebetriebe sind Profiteure der Wende. Sie fertigen und montieren Fakepower-Anlagen, bauen neue Stromtrassen, verstärken das Niederspannungsnetz und liefern viele neue Umspannstationen, die nur für die Energiewende benötigt werden. Der geplante Aufwand liegt nach heutigen Preisen bei weit über einer Billion Euro (1.000.000.000.000). Jeder Bundesbürger müsste dafür über 120.000 Euro aufbringen. Es dürfte klar sein, dass dieses Vorhaben zu unbezahlbaren Strompreisen führt und unfinanzierbar ist. Die Profiteure verdienen kurzfristig an utopischen Planungen, die längerfristig auch ihre eigene Existenz zerstören.

Profiteure sind auch die wissenschaftlichen Institute, die die Energiewende unterstützen. Forschungsprojekte mit dem Hinweis "für die Energiewende" oder "zur Klimarettung" werden großzügig und laut Befund des Bundesrechnungshofes weitgehend unkontrolliert mit Steuergeldern finanziert. Kritische Veröffentlichungen zur Energiewende werden dagegen mit dem Entzug von Forschungsmitteln bestraft. So verleugnen viele Wissenschaftler ihre Erkenntnisse und veröffentlichen nur Artikel, die der Regierungslinie entsprechen.

Für Gewerkschaften ist Klimaschutz wichtiger als Arbeitsplätze

Die Aktionen der Gewerkschaftsführungen sind unverständlich. Die Unterstützung der Energiewende zur Weltklimarettung ist ihnen wichtiger, als Arbeitsplätze zu erhalten. BASF, Miele und viele weitere Betriebe verlagern ihre Produktion in Länder mit geringen und berechenbaren Energiekosten, weil die Fertigung in der BRD wegen der hohen und weiter steigenden Stromkosten keineswegs wettbewerbsfähig ist. Statt dagegen zu demonstrieren, werden höchstens Abfindungen und Frühverrentungen ausgehandelt, die bei einer zurückgehenden Wirtschaftsleistung in der BRD mehr als unsicher sind. Woher soll das Geld kommen? Demonstriert wird nach altem Brauch für höhere Löhne, die den Not leidenden Industriebetrieben abverlangt werden. So beschleunigen die Gewerkschaften den Niedergang der deutschen Industrie zusätzlich. Viele Mitglieder haben das erkannt und ihre Gewerkschaft verlassen.

Gewerkschaften und Arbeitgeber müssen gegen die Ampelregierung streiken

Die heutige Situation erfordert gemeinsame Aktionen und Demonstrationen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gegen die Energiepolitik der Ampelregierung. Zur Durchsetzung müssten sogar Generalstreiks geplant werden. Nur durch die Beendigung der Energiewende und eine Freigabe aller Energieträger zur marktgerechten Versorgung lassen sich der sonst fortschreitende Niedergang der Industrie und Arbeitsplatzverluste verhindern. Mit der Beendigung der Energiewende wird der Strompreis halbiert und stabilisiert. Neue teure Stromleitungen sind entbehrlich. Die BRD würde wieder wettbewerbsfähig sein. Die Abwanderung der Industrie würde gestoppt und sogar gewendet. Investitionen in der BRD würden sich bei steigenden Gewinnen wieder lohnen. Dann können die Gewerkschaften einen gerechten Anteil an den Gewinnen fordern, der die Kaufkraft ihrer Mitglieder erhöht. Auch die Steuereinnahmen würden steigen.

Die Akteure sollten keine Angst vor den Folgen eines Generalstreiks gegen die Bundesregierung haben. Sie führt die BRD mit ihrer ideologischen Energiewende im Namen des Weltklimaschutzes in lang andauernde Stromausfälle, die Chaos mit vielen Toten verursachen. Dies gilt es zu vermeiden. Die Energieversorgung muss wieder durch Fachleute gesichert werden.

Die Bundesregierung will die teure Energiewende weiter vorantreiben

Nach wiederholten Angaben von Bundeskanzler Scholz investiert die Bundesrepublik in die Energiewende jährlich mehr als 100 Milliarden Euro. Die Zuwendungen sollen auch im nächsten Jahr ungekürzt gezahlt werden und durch neue Schulden und höhere CO₂-Abgaben aufgebracht werden. Steuergelder werden für den Netzausbau, für Einspeisevergütungen von Fakepower nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG), für Wärmepumpen, für E-Mobilität und für die energievernichtende Wasserstoffwirtschaft aufgewendet. Sie alle treiben den Strompreis in unvorstellbare Höhen. Ohne Energiewende können diese 100 Milliarden genutzt werden, um die Bundeswehr zu stärken, die Infrastruktur zu verbessern, die Renten zu stabilisieren und in der BRD die Lebensqualität zu sichern.

Fakten bewerten

Wenn die BRD ein erfolgreiches Industrieland bleiben will, ist die Energiepolitik vom Kopf wieder auf die Füße zu stellen. Es müssen Fakten bewertet werden, statt an Ideologien zu glauben. Dazu verhilft, was der Stromverbraucherschutz NAEB fordert:

Die Forderungen des Stromverbraucherschutzes NAEB

1. Klimawandel hinnehmen: EE-Strom aus Sonne, Wind und Biogas samt EEG beenden
2. Nord-Stream reparieren, weiterhin Erdgas statt Wasserstoff (H₂) nutzen
3. Weiterhin Kohlestrom nutzen, Kraftwerke reaktivieren, keine CO₂-Langzeitspeicherung
4. CO₂-Abgabe beenden, Klimaschutzgesetz aussetzen, Klimafonds und Transformationsfonds auflösen
5. kein Heizungsverbot, kein Wärmepumpenzwang, Wärmeschutzverordnung von 1995
6. E-Autos und Bio-Fuels stoppen

Diese sechs Aktionen gegen Ampel und CDU/CSU per AfD durchsetzen

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.de und www.NAEB.tv

[1] Bildquelle: StockKosh-capital-silhouette-816489_1280

[2] <https://www.naeb.info/Beitritt.htm>

Autorität: Links-Grün macht Staat zum Werkzeug eigener Ideologie

10. Juli 2024 | Mathias von Gersdorff

<https://www.youtube.com/watch?v=9-Gy7J5japM>

CDU-Veteran zerlegt Grünen-Wirtschaftspolitik

16. Mai 2023 | FOCUS online

Der ehemalige hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) ist wegen der Energie- und Klimapolitik der Bundesregierung um die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland besorgt. Er fordert Technologie-Offenheit statt ideologischer Vorgaben.

Koch beklagte im Gespräch mit dem Youtube-Kanal "René will Rendite": "Ich sehe im Augenblick in der Politik zu viele Stellen, wo jeder erklärt, warum man dies und jenes nicht braucht. Dort heißt es dann: Wasserstoff werde nicht für den großen Bedarf der Wirtschaft gebraucht, weil der ist ja bei der Herstellung zu teuer. Kernfusion mache gar keinen Sinn, weil da wird ja mehr Energie eingesetzt als herauskommt. Das sind alles Argumente auf dem Niveau von Kaiser Wilhelm beim Betreten des ersten Zuges unter dem Motto: ‚Ich bevorzuge das Pferd.?’"

Dabei könne niemand voraussagen, wie die Welt sich entwickeln werde und was letztendlich am besten sei. "Keine Regierung weiß, wie 2035 die Welt aussehen wird. Aber wir haben in Deutschland eine Regierung, die gesagt hat, dass nur Strom in Zukunft zur Kraftnutzung und zum Betrieb von Anlagen in Deutschland eingesetzt werden darf. ‚Alles ist Strom', das ist die These von Herrn Graichen und allen, die da jahrelang darüber gebrütet haben."

Das sei aber nur eine Meinung und nicht das Ergebnis rationaler Überlegung für die Zukunft. "Das ist die Diktatur einer bestimmten Position und das macht die Wirtschaft weniger wettbewerbsfähig, weil der ganze Wettlauf um CCS, also das Einsparen von Carbon, und der ganze Wettlauf um billigeren Wasserstoff und um andere Speichermöglichkeiten von Wasserstoff an allen anderen Plätzen der Welt stattfindet, aber nicht in Deutschland. Das wird zu einem Problem der Wettbewerbsfähigkeit."

Die Behauptung, es gebe nur einen Weg, sei aus zwei Gründen gefährlich, so der CDU-Politiker: "Erstens besteht das Risiko, dass man mit diesem Weg nicht zum Ziel kommt und scheitert. Das vielleicht größere Problem ist aber, dass es ein deutscher Sonderweg ist. Alle anderen versuchen alle anderen Wege. Also wenn wir mit unserem Weg scheitern, werden alle anderen uns Techniken anbieten können, mit denen wir dann unsere Probleme lösen können. Aber wir selbst haben uns aus dieser Welt verabschiedet."

<https://www.youtube.com/watch?v=W1wosusBYvE>

Schon vor 20 Jahren: Grüne Politik? Das will doch keiner! | Volker Pispers

13. Dezember 2023 | ZDF Satire

Volker Pispers spricht beim 3SatFestival 2001 über die Entwicklung und die Herausforderungen der Grünen. Pispers beginnt mit der Feststellung, dass die grüne Basis verzweifelt sei, da die Parteispitze sich weit von ihren ursprünglichen Idealen entfernt habe. Pispers beschreibt dies als einen unerwarteten Ausgang des berühmten Marsches durch die Institutionen, der ursprünglich als idealistisches Konzept gedacht war. Volker Pispers spricht auch über die Angst der grünen Wähler, dass die zentralen Forderungen der Partei, wie Tempolimit, Ökosteuer, Doppelpass und Frauenquote, tatsächlich umgesetzt werden könnten.

<https://www.youtube.com/watch?v=n7R-HOe25m8>

Pressekontakt

Stromverbraucherschutz NAEB e.V.

Herr Hans Kolpak
Georg-Büchner-Weg 3
33335 Gütersloh

NAEB.tv
Hans.Kolpak@NAEB.info

Firmenkontakt

NAEB Stromverbraucherschutz e.V.

Herr Heinrich Duepmann
Georg-Büchner-Weg 3
33335 Gütersloh

<https://NAEB.de>
info@NAEB.info

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG Erneuerbare Energien Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Stromnetz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen in Windkraft und Voltaik statt. Die NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Anlage: Bild

